



Newsletter 01 und 02/2024

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Sie erhalten heute mit dem Newsletter 01 und 2/2024 einen Rückblick auf die letzten Wochen. Zunächst aber die Information, dass ich am 3. März zur Oberbürgermeisterin von Weil am Rhein gewählt wurde. Im 1. Wahlgang habe ich bei insgesamt sechs Kandidierenden ein Wahlergebnis von 59,73% erhalten. Für diesen Vertrauensbeweis bin ich den Bürgerinnen und Bürger von Weil am Rhein sehr dankbar. Mein Mandat als Bundestagsabgeordnete werde ich bis zum 2. Juni ausfüllen und am 3. Juni als Oberbürgermeisterin für Weil am Rhein starten. Nun aber zur „Berliner Politik“.

Die finalen Beratungen zum Bundeshaushalt 2024 waren chaotisch. Es gab keine Eckwerte und der Regierungsentwurf kam verspätet. Nach zwei Bereinigungssitzungen mit insgesamt rd. 25 Stunden Beratungszeit wurde schließlich ein Haushalt verabschiedet, der nicht zufriedenstellen kann: Dieses „Sparpaket“ besteht in Wahrheit aus Steuer- und Abgabenerhöhungen für Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft. Echte Einsparungen im Bundeshaushalt muss man hingegen mit der Lupe suchen.

Der Bundeshaushalt 2024 hat ein Volumen von 477 Milliarden Euro, noch einmal 20 Milliarden Euro über dem Vorjahresniveau, bei einer Neuverschuldung von 39 Milliarden Euro. Damit schöpft die Koalition die maximal zulässige Neuverschuldung nach der Schuldenbremse von rund 22 Milliarden Euro vollständig aus und dehnt den Spielraum

durch angebliche finanzielle Transaktionen noch erheblich aus, etwa für die Aktienrente mit 12 Milliarden Euro.

Die Einnahmesituation des Bundes ist übrigens hervorragend, es liegt an den Ausgaben! Kurzum: Diese Haushaltspolitik der Ampel wird den Herausforderungen Deutschlands nicht gerecht. Tatsächlich müssten jetzt die Grundlagen dafür gelegt werden, dass in Deutschland Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze gesichert werden und die richtigen Antworten auf die geo- sowie sicherheitspolitischen Herausforderungen gegeben werden. Die Koalition gibt sie mit diesem Haushalt nicht. Eine verpasste Chance!

Ihre



Meine 24. Rede im Bundestag

Meine 24. [Rede](#) im Plenum des Deutschen Bundestages hielt ich zur Aussprache in zweiter Beratung über den Etat des Ministeriums für Gesundheit für das Jahr 2024.

In meiner Rede wies ich darauf hin, dass schon am 6. Juli vergangenen Jahres die Parlamentarier ein starkes Zeichen im Deutschen Bundestag gesetzt hatten! Mit einer überwältigen Mehrheit von 687 Ja-Stimmen, bei nur 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen hatten wir die Bundesregierung aufgefordert bis Juni dieses Jahres ein Gesetz zur Suizidprävention vorzulegen, bereits bestehende Strukturen und Angebote der Suizidprävention finanziell zu unterstützen, aber auch weitere anerkannte Maßnahmen umzusetzen. Eine so eindeutige Beschlusslage wie diese findet sich im Bundestag selten und müsse sich daher auch in einem Bundeshaushalt widerspiegeln. Im vorliegenden Haushaltsentwurf ist sie jedoch so gut wie nicht berücksichtigt. Es bedarf aber ausreichender finanzieller Mittel, ansonsten läuft die beste Strategie ins Leere.

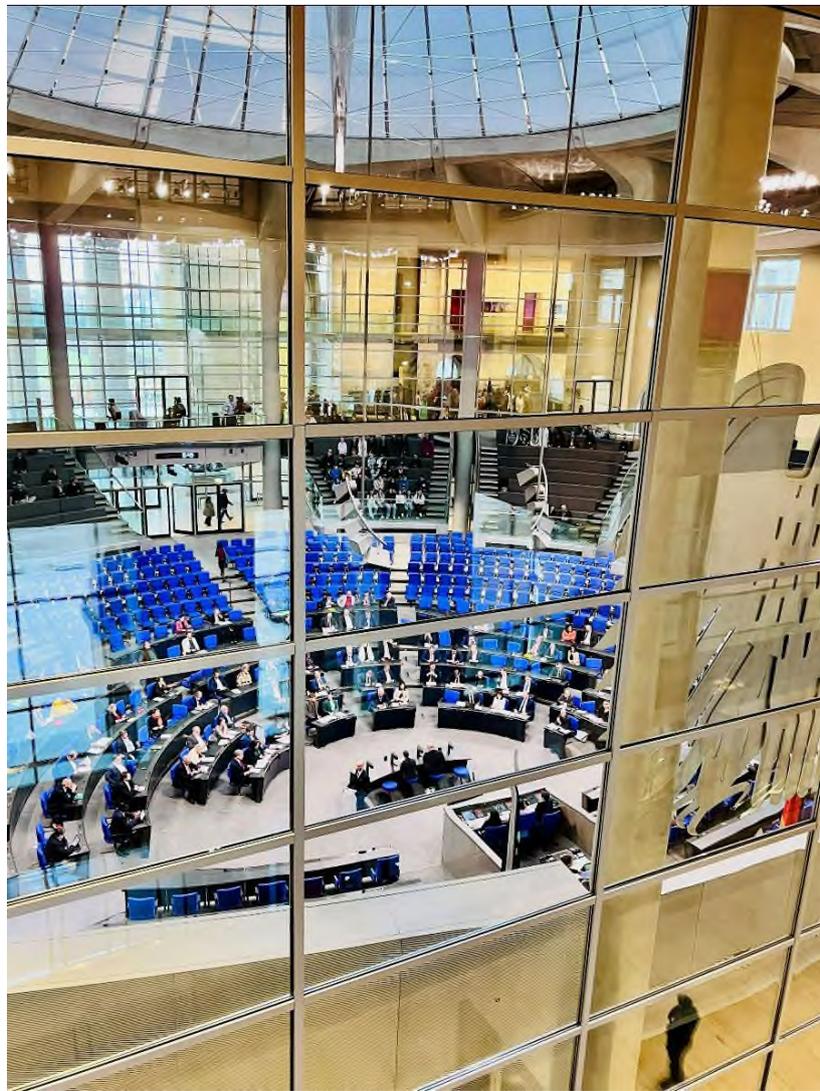
In Deutschland nimmt sich etwa alle 60 Minuten ein Mensch das Leben. Die Zahl der Suizidversuche liegt zehn- bis zwanzigmal höher. Allein diese Zahlen, die zuletzt wieder angestiegen sind, zeigen auf, dass Suizidprävention gestärkt werden muss. Es braucht Gelder, um die hervorragende Arbeit von Organisationen und Vereinen, die in diesem Bereich arbeiten, zu verstetigen und auszubauen, so mein Appell.

Ich unterstrich, dass der derzeitige Zustand der Suizidprävention viele Fachexperten mit großer Sorge erfüllt. So scheint es derzeit noch nicht einmal gewährleistet, dass die bisherigen Akteure und Strukturen vollständig erhalten bleiben. Darum müsse ein deutschlandweiter Suizidpräventionsdienst etabliert werden, der Menschen mit Suizidgedanken rund um die Uhr online und unter einer bundeseinheitlichen Telefonnummer einen sofortigen Kontakt mit geschulten Ansprechpartnerinnen ermögliche. Ich betonte, dass Menschen, die an einer psychischen Krankheit leiden, ein um 30- bis 50-fach erhöhtes Suizidrisiko haben. Ein Großteil aller Suizide stehe in Verbindung mit einer psychischen Erkrankung.

Ich betonte den Fakt, dass immer mehr Versicherte wegen einer psychischen Störung und deren Folgen dauerhaft nicht mehr ihrer beruflichen Tätigkeit nachkämen. Für 47,5% seien psychische Erkrankungen Grund für die Berufsunfähigkeit. Jeder Euro, den wir in die Therapie von psychischen Erkrankungen stecken, bekommen wir mehrfach zurück. Menschen stünden dem Arbeitsmarkt als Fachkräfte wieder zur Verfügung, könnten sich den Lebensunterhalt wieder selbst finanzieren und zahlten auch wieder Einkommenssteuern und Rentenbeiträge.

Dazu brauche es - wie es die CDU/CSU-Fraktion im Antrag zur Versorgung von Menschen in psychischen Krisen und mit psychischen Erkrankungen gefordert hat - genug gut ausgebildete Psychotherapeutinnen und -therapeuten, Medizinerinnen und Mediziner. Es ist dringend notwendig, so mein Aufruf, ausreichend Weiterbildungsplätze für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten nach dem Master zu finanzieren. 2024 darf nicht zum verlorenen Jahr für die Suizidprävention und die Versorgung von psychisch kranken Menschen in Deutschland werden. Die Bundesregierung hat es in der Hand gehabt, diese Haltung im Haushaltsplan deutlich zu machen. Ich rief die Regierungskoalition dazu auf, im Sinne auch ihres Demokratieverständnisses, sich bei der der Aufstellung des Haushaltes an den eindeutigen Beschlüssen des Parlamentes zu orientieren.

Hier können Sie das Video meiner Rede ansehen: <https://youtu.be/4kP5jR2q15c?si=V1LsepT4FqfftYXS>



Plenarwoche vom 15. bis 19. Januar

Das waren Themen und Initiativen in dieser Sitzungswoche:

Unser Leitantrag: „Landwirtschaft unterstützen statt ruinieren“

Die Land- und Forstwirtschaft ist eine Schlüsselbranche mit unverzichtbarem Stellenwert für die Ernährungssicherung. Das Leben in den ländlichen Regionen ist ohne eine wettbewerbsfähige, moderne und zukunftsfeste Landwirtschaft undenkbar. Jeder zehnte Arbeitsplatz in Deutschland ist mit der Landwirtschaft verknüpft. Die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft befindet sich aktuell, wie auch andere Wirtschaftszweige, in der Krise. Doch anstatt unsere Landwirtschaft zu unterstützen, wird die Bundesregierung sie schwächen: Die geplanten Steuererhöhungen sind ein Schlag ins Gesicht für die Landwirte. Wir verstehen ihren Protest und stehen solidarisch an ihrer Seite.

In unserem Leitantrag fordern wir die Agrardiesel-Steuerentlastung sowie die Kfz-Steuerbefreiung in der Land- und Forstwirtschaft sowie in allen anderen von diesen Maßnahmen betroffenen land- und forstwirtschaftsnahen Wirtschaftsbereichen dauerhaft fortzuführen. Darüber hinaus ist ein grundsätzliches Umsteuern in der Landwirtschaftspolitik erforderlich, das insbesondere die guten und auf breiter Basis geeinten Ansätze der „Borchert-Kommission“ und der „Zukunftskommission

Landwirtschaft“ aus der letzten Legislaturperiode aufgreift und umsetzt. Unser Antrag formuliert ein Gegenmodell zur Politik der Ampel:

- Es braucht jetzt eine deutliche Stärkung der ressourceneffizienten Landwirtschaft und einen Verzicht auf nationale, ideologiegesteuerte regulatorische Alleingänge, die die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft schwächen. Die Landwirtschaft braucht Entbürokratisierung vom Acker bis zum Teller. Öffentliche Investitionen – gleich ob in konventionell oder ökologisch ausgerichteten Betrieben – müssen Priorität genießen. Innovationen bei neuen Züchtungsmethoden sowie im Biokraftstoff-Sektor dürfen nicht mehr aus ideologischen Gründen blockiert, sondern müssen gefördert werden. Zusätzlich müssen faire Handelspraktiken in der Lebensmittellieferkette gewährleistet und in der EU-Agrarpolitik wieder der Schulterschluss mit den europäischen Partnern gesucht werden, damit eine gemeinsame zukunftsfähige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) mit einer starken Einkommensgrundstützung dauerhaft gewährleistet ist.

Die Ampel muss die geplanten Steuererhöhungen für die Landwirtschaft zunächst vollständig zurückziehen. Die Landwirtschaft erwartet aber nicht nur die komplette Zurücknahme der inakzeptablen finanziellen Mehrbelastungen, die die Bundesregierung den Bauern aufbürdet. Vielmehr erwartet sie zu Recht eine grundsätzlich andere Agrarpolitik. Dazu braucht es grundlegend eine neue Kultur der Anerkennung gegenüber der Leistung der Landwirte. Es braucht endlich ein Bewusstsein dafür, dass jede Regulierung, jede Vorschrift und jede Auflage mit einschneidenden Konsequenzen für die tägliche harte Arbeit unserer Landwirte verbunden sind. Es braucht ein Belastungsmoratorium für landwirtschaftliche Betriebe. Tierhalter benötigen Planungssicherheit auf der Grundlage des Borchert-Plans für mehr Tierwohl. Wir wollen, dass auch die kommenden Generationen gute Gründe haben, in der Landwirtschaft tätig zu sein.

Unser Antrag: Für eine echte Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, schnellstens eine echte Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik einzuleiten. Denn schon zwei Jahre ist es her, dass Russland am 24. Februar 2022 mit seinem brutalen Angriff auf die Ukraine den Krieg, der bereits 2014 mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine begann, in katastrophalem Ausmaß zurück auf unseren Kontinent gebracht hat. Schon zehn Jahre kämpft das ukrainische Volk aufopferungsvoll für seine Freiheit, die Rückerlangung der territorialen Integrität seines Landes und die Bewahrung seiner politischen Souveränität - zentrale Säulen des Völkerrechts. Dabei kämpfen die Ukrainer auch für unsere Werte, die liberale, regelbasierte Ordnung und somit für die Sicherheit ganz Europas.

Russland ist mit seiner militaristischen und revanchistischen Außenpolitik eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit in ganz Europa und die Welt. Trotz dieser Bedrohungslage ist Deutschland von einem strategischen Paradigmenwechsel weit entfernt. Die vom Bundeskanzler in seiner Rede vom 27. Februar 2022 ausgerufene „Zeitenwende“ ist über das Stadium der Ankündigung nicht hinausgekommen. Die „Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung“ kratzt nur an der Oberfläche und zieht keine operativen Schlussfolgerungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Strukturelle

Anpassungen für ein sicherheitspolitisches Frühwarnsystem, ein umfassendes Lagebild und damit eine Erhöhung der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit des Staates, bspw. durch Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates oder die Stärkung der Nachrichtendienste, unterlässt die Bundesregierung. Ein Konzept für die staatliche Gesamtverteidigung, das auch den Zivil- sowie Bevölkerungsschutz angemessen berücksichtigt, sowie eine Gesetzgebung für den besseren Schutz kritischer Infrastrukturen, werden in Ressortstreitigkeiten verschleppt.

Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ist durch Materialabgaben und fehlende Beschaffungen in einem schlechten Zustand. Die gegenüber der NATO getroffenen Zusagen werden nicht eingehalten. Für die über Deutschland und Europa hinausgehenden außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen fehlt der Bundesregierung die notwendige politische Aufmerksamkeit und Einigkeit. Mögliche Partner werden dadurch dem Einfluss systemischer Rivalen überlassen, Chancen und Potentiale ganzer Regionen nicht genutzt. Deutschland braucht eine echte Zeitenwende. Wir müssen jetzt die Weichen für unsere Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit als Voraussetzung zur Wahrung unserer Freiheit und unseres Wohlstands stellen, in Deutschland und Europa. Ein Europa, das schützt, bedarf einer strategischen Neuausrichtung und einer kohärenten Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter gemeinsamer Führung des Weimarer Dreiecks aus Frankreich, Polen und Deutschland.



Unsere Initiative zur Bekämpfung des Medikamentenmangels

Seit weit über einem Jahr erlebt Deutschland eine akute Medikamentenknappheit. Ein Ende der Mangelwirtschaft ist nicht absehbar. Diese Versorgungsunsicherheit belastet Patienten, Apotheker und Ärzte. Besonders belastend ist die Mangelsituation für chronisch und schwer kranke Menschen, die auf ihre gewohnten Arzneimittel verzichten müssen, sowie für Familien mit kleinen Kindern. Teilweise führt die schwer erträgliche Situation sogar zu „Hamsterkäufen“, was die Medikamentenknappheit noch erhöht und mit unnötigen Kosten einhergeht.

Durch das „GKV-Finanzstabilisierungsgesetz“ wurde die allgemeine Versorgungslage sogar noch verschärft: Indem die Ampel die Vergütungsregelungen für Apotheken durch zusätzliche Abschlagszahlungen verschlechterte, hat sich die wirtschaftliche Lage vieler Apotheken verschärft. Damit beschleunigt die Bundesregierung das Apothekensterben und gefährdet die Versorgung insbesondere im ländlichen Raum. Durch die weitere Verschärfung der Finanzierungsregelungen für pharmazeutische Unternehmen, etwa bei der Preisbildung von Arzneimitteln, wird zudem der Pharma-Standort Deutschland unattraktiver.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, unverzüglich den Pharmadialog wieder aufzunehmen und den Apotheken mehr Spielräume in Mangelsituationen zu ermöglichen. So müssen die Austauschregelungen für Medikamente bei Nichtverfügbarkeit erweitert oder der breitere Einsatz bei Kinderarzneimitteln – auch über die eigentliche Zulassung hinaus – ermöglicht werden. Die Apothekerinnen und Apotheker sollen in Mangelsituationen außerdem mehr Möglichkeiten erhalten, vergleichbare Arzneimittel auszugeben und insgesamt weniger bürokratischen Hindernissen unterworfen werden. Auch wollen wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Forschungsstandort Deutschland für klinische Prüfungen stärken. Zudem braucht es ein wirkungsvolles Monitoring sowie ein nationales und ein EU-weites Frühwarnsystem, um rechtzeitig auf Lieferengpässe bei wichtigen Arzneimitteln reagieren zu können. Insbesondere auf EU-Ebene muss die Bundesregierung sich daher verstärkt in die Revision der Arzneimittelgesetzgebung einbringen.



Plenarwoche vom 26. bis 29. Februar

Das waren Themen und Initiativen in dieser Sitzungswoche:

Unser Antrag: Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden – Sexkauf bestrafen

Wir begründen unseren Antrag mit dem gescheiterte Prostitutionsgesetz von 2002. Der Versuch damals, mit diesem Gesetz die Prostitution in Deutschland zu legalisieren und damit die Situation für betroffene Personen zu verbessern, ihr Schutzniveau zu erhöhen und sie in eine sozial- und krankensicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen, ist gescheitert. Vielmehr hat sich die tatsächliche Situation in der Prostitution seitdem drastisch verschlechtert. Die Realität sieht so aus, dass die Mehrheit der Prostituierten Teil der unfreiwilligen Armuts- und Elendsprostitution ist und damit täglich sexueller Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch schutzlos ausgeliefert. Nicht selten sind diese Frauen Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Auch die neuen Schutzvorschriften des Prostituiertenschutzgesetzes von 2017 haben an dieser Situation nichts geändert.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung unter anderem, eine allgemeine Freierstrafbarkeit einzuführen und den Kauf sexueller Dienstleistungen im Grundtatbestand als Vergehen zu ahnden. So soll sichergestellt werden, dass Prostituierte im Zuge der Neuregelung nicht durch die Tatsache der reinen Ausübung der Tätigkeit kriminalisiert werden. Verboten werden soll jedoch der Betrieb von Prostitutionsstätten wie Bordellen, Laufhäusern, Verrichtungsboxen und Wohnwagen sowie die Vermietung von Objekten zum Zweck der Prostitutionsausübung. Die Bundesregierung muss die grundsätzliche Strafbarkeit von Zuhälterei, Ausbeutung von Prostituierten und Menschenhandel wirksam gewährleisten sowie das umfassende, strafbewehrte Verbot,

aus der Prostitution einer anderen Person vorsätzlich eigenen Nutzen zu ziehen.

Unser Antrag: Cannabislegalisierung stoppen und Bevölkerung über die Risiken der Droge aufklären

Der Drogenpolitik der Ampel begegnen wir mit einer klaren Antwort: Nicht mit unseren Kindern! Die Ampel betreibt keine Gesundheitspolitik, sondern eine Politik der massiven Gesundheitsgefährdung, denn die geplante Cannabislegalisierung wird fatale Auswirkungen auf die Gesundheit vieler Menschen haben. Zudem sind die enthaltenen Regelungen schlicht nicht kontrollierbar und werden jede Vollzugsbehörde vor unlösbare Aufgaben stellen. Statt einer Cannabislegalisierung braucht es eine langfristig angelegte Präventionskampagne zum Schutz von Kindern und Jugendlichen und verstärkte Forschung auf dem Gebiet Medizinalcannabis zum Wohle der betroffenen Patientinnen und Patienten insbesondere im Palliativ-Bereich.

Der Entwurf des Cannabisgesetzes, der im August 2023 vom Kabinett beschlossen wurde, ist unverantwortlich und führt in die falsche Richtung. Insbesondere junge Menschen bis 25 Jahre sind durch den Konsum von Cannabis gefährdet, da bei ihnen die Entwicklung des Gehirns noch nicht abgeschlossen ist. Die klinische Forschung belegt ungünstige Einflüsse intensiven Cannabiskonsums auf Gedächtnis-, Lern- und Erinnerungsleistungen, Aufmerksamkeit, Problemlösen, Denkleistung und Intelligenz. Bei vulnerablen Personen besteht ferner ein dosisabhängiger Zusammenhang mit depressiven Störungen, Suizidalität, bipolaren Störungen, Angsterkrankungen sowie zusätzlichem Missbrauch von Alkohol und illegalen Drogen. Cannabiskonsum bei diesen Personen Psychosen auslösen und den Verlauf schizophrener Psychosen verschlechtern.

Die CDU/CSU-Fraktion lehnt das Gesetz ab, da es zu einer Legalisierung von privatem Anbau, Besitz und Konsum für alle Erwachsenen und zu einer Ausweitung des Cannabiskonsums führt. Auch eine Entlastung der Justiz oder ein Zurückdrängen des Schwarzmarktes wird mit dem Gesetz nicht erreicht. Wir erwarten einen immensen Vollzugs- und Überwachungsaufwand. Vorgaben für den privaten Eigenanbau oder die Einhaltung von Konsumverbotszonen werden kaum kontrollierbar sein.

Wir fordern in unserem Antrag, das Vorhaben zur Legalisierung von Cannabis zu beenden. Stattdessen sollte eine geeignete Institution, wie etwa die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, mit einer langfristig angelegten Präventionskampagne beauftragt werden, um auf die Risiken beim Konsum von Cannabis aufmerksam zu machen. Ferner soll die Forschung intensiviert werden, die sich mit den gesundheitlichen Folgen von nichtmedizinischem Cannabisgebrauch befasst. Unterstützt werden soll jedoch auch die Erforschung des medizinischen Nutzens und der Nebenwirkungen von Cannabisarzneimitteln.

Unser Antrag: Unterstützung für die Ukraine intensivieren – z. B. durch die unverzügliche Lieferung von TAURUS-Marschflugkörpern und Munition

In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, der Ukraine weiterhin die dringend benötigte Ausrüstung im Kampf gegen die russischen Angreifer zu liefern. Dazu muss endlich eine substanzielle Steigerung der Produktion und Lieferung von Munition auch in Deutschland erfolgen. Die Ukraine muss den Krieg gegen Russland gewinnen. Angesichts der prekären militärischen Lage der Ukraine müssen die Anstrengungen zur Ausrüstung

der Ukraine sofort deutlich verstärkt werden. Dazu zählt eine unverzügliche Lieferung von Marschflugkörpern vom Typ TAURUS aus Beständen der Bundeswehr. Parallel hierzu muss eine Nachbeschaffung des abgegebenen Materials eingeleitet werden. Mit unserem Antrag zwingen wir die Ampel dazu, zur Frage einer TAURUS- Lieferung endlich Farbe zu bekennen. Die Koalition muss nun zeigen, wie ernst sie es mit der Unterstützung der Ukraine meint.

Bereits seit fast zwei Jahren widersetzt sich die Ukraine mit internationaler Unterstützung in einem aufopferungsvollen Verteidigungskampf der russischen Aggression. Russland nimmt vorsätzlich hohe eigene Verluste in Kauf und terrorisiert gezielt die ukrainische Bevölkerung. Die russischen Streitkräfte stützen sich auf eine zunehmend auf Kriegswirtschaft umgestellte Industrie und nutzen das besetzte ukrainische Hinterland weitestgehend ungefährdet als logistische Basis. Nur dadurch werden die Versorgung der russischen Truppen und deren Angriffe erst ermöglicht. Der Ukraine mangelt es an ausreichend Material die russischen Versorgungslinien, Führungseinrichtungen, Stellungen weitreichender Waffensysteme und die logistischen Strukturen gezielt angreifen zu können. Doch nur mit dem richtigen Material kann die Ukraine diesen Krieg gewinnen.



Mein Abschied von Dr. Wolfgang Schäuble

Abschied von Wolfgang Schäuble, „Staatsmann, Säule Europas und Freund Frankreichs“ (Präsident Emmanuel Macron). 50 Jahre hatte er Deutschland gedient, hat das Land als Abgeordnete des Deutschen Bundestages, als Minister, als Bundestagspräsident, als Politiker geprägt. Die deutsch-französische Freundschaft war ihm ein besonderes Anliegen. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit ist auch sein Verdienst!

Es war ein schönes Zeichen, den Staatsakt zum Tode des Politikers am Tag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages vor 61 Jahren stattfinden zu lassen: Schäuble zählt zur Generation der Baumeister dieses Vertrages, die deutsch-französische Freundschaft war ihm immer ein großes Anliegen. Er bezeichnete sie als „fundamentales Bindeglied Europas“.

Ich bin dankbar, zwei Jahre Kollegin dieses Ausnahmepolitikers gewesen zu sein. Ein überzeugter Demokrat und Parlamentarier, ein Mann der klaren und klugen Worte, diszipliniert und hart in der Sache, aber auch humor-, verständnis- und respektvoll. Er hat mich in meinem Wahlkampf 2021 unterstützt und kam zu meiner Wahlkampf-Veranstaltung

wie er es mir bei einem Besuch in Berlin versprochen hatte. Immer, wenn man ihn ansprach, hörte er gut zu und gab dann einen „bescheidenen“ kritischen Ratschlag. Seine langjährige Erfahrung wird in Zukunft fehlen. Danke für alles!



**Am Aktionstag GoRed für mehr Aufmerksamkeit gegenüber
Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei Frauen**

GoRed - Frauenherzen schlagen anders: Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind - mit mehr als 180.000 Sterbefällen pro Jahr - die häufigste Todesursache bei Frauen. Frauen sterben doppelt so oft an einem Herzinfarkt als Männer und sie haben nach einem Infarkt deutlich schlechtere Überlebenschancen. Damit das besser wird, muss sich etwas ändern in der Medizin – aber auch in den Köpfen von Frauen.

Besonders ältere Frauen zögern oft deutlich länger als Männer, bis sie Hilfe holen. Das zeigen viele Studien. Frauen haben aber auch oft weniger eindeutige Symptome. Inspiriert vom National Wear Red Day® aus den USA, gibt es daher den jährlichen bundesweiten Aktionstag - jeweils am 1. Freitag im Februar - um auch hierzulande das Bewusstsein für die Herz-Kreislauf-Gesundheit von Frauen zu stärken. An diesem Tag setzen viele Menschen mit einem roten Kleidungsstück oder einem roten Accessoire ein Zeichen.

Referentinnen und Referenten aus Wirtschaft, Politik und Sozialem berichteten beim parlamentarischen Frühstück von ihren Maßnahmen, Erfahrungen und Fragestellungen, z. B. den Auswirkungen von Schichtarbeit, was bedeutet es für die Vorsorge, Prävention in Betrieben, Input in Erste-Hilfe-Kursen, Raucherentwöhnung, mentale Gesundheit. Es gibt viele Handlungsfelder, Überzeugungsbedarf und einen großen Bedarf an mehr Kommunikation in der Fläche.



**#WeRemember - Im Angedenken an die Millionen Opfer
nationalsozialistischer Gewaltherrschaft**

Der 27. Januar markiert den Tag der Befreiung der Überlebenden des Konzentrationslagers in Auschwitz-Birkenau. Sechs Millionen Jüdinnen und Juden sind dem Nationalsozialismus im Dritten Reich zum Opfer gefallen. Heute gedenken wir der vielen Menschen, die während des Holocausts und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ihr Leben verloren. Die Erinnerung an sie ist eine ewige Mahnung an uns alle - besonders in Zeiten, wo Jüdinnen und Juden in Deutschland wieder angefeindet und bedroht werden.

Der Schutz jüdischen Lebens hat für uns oberste Priorität und das Existenzrecht Israels ist für uns unverhandelbar.



Red Hand Day - Unser Zeichen gegen Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen und den Einsatz von Kindersoldaten

Am "Red Hand Day" setzen auch wir Abgeordnete im Bundestag ein Zeichen gegen die Verletzungen der Kinderseelen und gegen jegliche Formen von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Mit der Aktion der Roten Hände signalisieren wir Abgeordnete im Deutschen Bundestag fraktions- und parteiübergreifend unsere strenge Ablehnung der militarisierten Verletzung von Kinderseelen und fordern: „Keine Waffen in Kinderhände!“

In vielen Konfliktgebieten als Kindersoldaten missbraucht werden. Obwohl völkerrechtlich geächtet, werden Kinder und Jugendliche oft manipuliert und zum Waffendienst verführt oder gezwungen. Kinder, die kriegerische Auseinandersetzungen erfahren oder sogar daran teilnehmen müssen, sind für den Rest ihres Lebens traumatisiert und mental gezeichnet. Bereits Erwachsene leiden lange an den Erfahrungen von Krieg und Gewalt. Kinder müssen mit Kriegserlebnissen noch viel länger leben als Erwachsene. Zudem werden Kindersoldatinnen auch oft Opfer von sexualisierter Gewalt in einem männlichen Umfeld ohne Halt und Norm.

Gegen diese schrecklichen Taten wird jedes Jahr ein Zeichen gesetzt: Der 12. Februar ist der Red Hand Day, der die ganze Welt immer wieder an die Existenz von Kindersoldaten und -soldatinnen erinnern soll.



**Ein herzliches Willkommen meiner ersten Wahlkreis-Besuchergruppe
in diesem Jahr in Berlin**

Auch in diesem Jahr habe ich Ehrenamtliche aus meinem Wahlkreis, die sich außerordentlich für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund einsetzen, zu einer politischen Bildungsreise nach Berlin eingeladen.

Es war eine große Freude die Besuchergruppe in der Landesvertretung Baden-Württemberg zu empfangen: Aus Rheinfeldern Mitglieder vom Runden Tisch Mitgemischt, Rosinka-Verein und Rheinbildungszentrum, aus Kandern Netzwerk Integration, aus Binzen

Nähprojekt Kinder/Integration Vorderes Kandertal, aus Maulburg von der Initiative Maulburg hilft, aus Efringen-Kirchen der Asylkreis Fürenand, aus Lörrach von der Schubert-Durant-Stiftung, aus Weil am Rhein vom Willkommenskreis Weil am Rhein und aus Bad Krozingen das Nähprojekt für Kinder und Jugendliche.

So viel bürgerschaftliches Engagement, teilweise schon 20 Jahre lang und viele auch selbst mit Migrationshintergrund, die „was zurückgeben“ wollen. In der Vorstellungsrunde wurden viele persönliche und erfolgreiche Integrationsgeschichten erzählt.

Für mich war es auch ein Wiedersehen mit vielen Menschen, die mir aus meiner Zeit als Bürgermeisterin von Rheinfeldern (Baden) sehr ans Herz gewachsen sind.

Neues aus dem Wahlkreis



Runder Tisch "Blaulicht" mit Blaulichtorganisationen und Roderich Kieseewetter MdB

Am Runden Tisch „Blaulicht“ mit meinem geschätzten Kollegen aus dem Bundestag Roderich Kieseewetter MdB, Fachsprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Krisenprävention und Obmann im Auswärtigen Ausschuss, mit Vertreterinnen und Vertretern vom Deutschen Roten Kreuz Weil am Rhein-Haltingen, THW Lörrach und Schopfheim, DLRG Weil am Rhein, Feuerwehr Weil am Rhein und dem Kreisbrandmeister wie auch dem Landratsamt Lörrach.

Schwerpunkthemen dieses Runden Tisches waren Krisenprävention, Katastrophenschutz, Zivilschutz und Gefahrenabwehr. Zudem haben wir uns intensiv über Herausforderungen der Blaulichtorganisationen im Ehren- und Hauptamt ausgetauscht, so auch zu konkreten Ansätzen der Gefahrenabwehr auf der kommunalen Ebene, Finanzierung der ehrenamtlichen Blaulichtorganisationen, verpflichtendes Dienstjahr, Ausweitung der Freiwilligendienste, Vernetzung und Kooperation auf Landkreis-, Länder- und Bundesebene.



**Herzliches Wiedersehen mit Samuel Koch vom Verein
Samuel Koch und Freunde e. V.**

Was für eine schöne Überraschung im Februar als das Handy klingelt: Samuel Koch ist mit seiner Familie in Weil am Rhein und fragt, ob wir uns kurz treffen wollen. Wir hatten uns bei einem Flug nach Berlin persönlich kennengelernt, auf dem wir uns intensiv über die Gesundheitspolitik in Deutschland ausgetauscht haben. Gleich haben wir vereinbart, uns zu bestimmten Fragestellungen nochmal zu treffen und zu sehen, wo wir gemeinsam was bewegen können.

Den Verein Samuel Koch und Freunde e.V. unterstütze ich als Bundestagsabgeordnete und privat schon länger: als der Russland-Ukraine Krieg anging, flohen auch eine Gruppe von zum Teil schwerbehinderten Menschen mit ihren Angehörigen aus der Ukraine Dank des Samuel Koch Vereins und des hohen Engagements vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer haben sie eine neue Heimat in Bad Bellingen/Bamlach in meinem Wahlkreis gefunden.

Ich begleite den Weg der Menschen in Bamlach von Anfang an und freue mich sehr über kleine und große Fortschritte wie die Begleitung durch einen Sozialdienst, das Finden von Schulplätzen für Kinder und Jugendliche, Therapieangebote und Benefizveranstaltungen,

um viele der Ausgaben mit Spenden bestreiten zu können.



Im Dialog mit Landwirten Obstbauern auf dem Obst- und Gemüsehof Familie Hagin in Haltingen

„Landwirtschaft muss wieder mehr gesellschaftliche Wertschätzung bekommen!!“ Das war Tenor meines Besuchs im Hofladen von Obst- und Weinbauer Friedrich Hagin in Haltingen. Mit dabei waren die Landwirte und Obstbauern aus Haltingen. Im intensiven Austausch kamen grundlegende Themen zur Sprache: u. a. eine nun weggebrochene Kalkulationsgrundlage der Betriebsmittelkosten. Bisher konnte sich die Landwirtschaft darauf verlassen: Die Energiesteuer für Diesel kann teilweise zurückerstattet werden. Das gilt nun nicht mehr. Doch die Landwirtinnen und Landwirte setzen ihre Fahrzeuge vor allem auf dem Hof und auf den Feldern ein. Auch deshalb waren land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge stets von der Kfz-Steuer befreit. Nun bürdet die Streichung der Agrardiesel-Rückvergütung und das Aus für die Kfz-Steuer-Befreiung den Betrieben erhebliche Mehrkosten auf. Wettbewerbsverzerrende Faktoren, die mit Blick auf den europäischen und internationalen Agrarmarkt zu schwerwiegenden Folgen führen können.

Doch die Landwirtinnen und Landwirte protestieren nicht nur gegen diese Streichungen! Schon zuvor waren viele Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter in ihrer Existenz bedroht. Ihre Zahl ist schon heute im gesamten Landkreis Lörrach und in der Raumschaft darüber hinaus rückläufig.

Hinzu kommt noch die überbordende Bürokratie, die auch die 4 Landwirte mit zahlreichen Beispielen belegen konnten. Oft werden keine Förderanträge mehr gestellt, weil der Aufwand nicht im Verhältnis steht. Die Landwirte in unserem Gespräch waren sich mit mir einig, dass es schnell wieder eine Kultur des Vertrauens im Agrarsektor geben muss. Dazu solle die oft nicht nachvollziehbare Dokumentationspflicht reduziert und damit Bürokratie abgebaut werden. Unsere Landwirtinnen und Landwirte brauchen eine neue politische Kultur der Wertschätzung – und keine Gängelung, kein Misstrauen und schon gar keine bürokratische Bevormundung.

Das gilt auch für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Jeder Landwirt ist sich bewusst: Ohne Insekten gibt es keinen Ackerbau. Landwirtschaft und Naturschutz sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Darum unterstützt jeder Landwirt das Thema Pflanzenschutz. Aber hier nicht zuletzt um die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen: Immer wieder kommt es zu neuen EU-Vorschlägen, die völlig überzogen sind und für viele

Betriebe, zum Beispiel im Weinbau, das Aus bedeuten würden. Daher habe ich mich wiederholt gegen pauschale Verbote und Einschränkungen von Pflanzenschutzmitteln ausgesprochen: Pauschale Verbote und Einschränkungen von Pflanzenschutzmitteln, die auf keiner wissenschaftlichen Grundlage beruhen und ohne Folgenabschätzungen vorgenommen wurden, sind kategorisch abzulehnen.

Unsere Heimat und unsere Region funktionieren nicht ohne eine starke Landwirtschaft. Es sind die Familienbetriebe, die für gute, regionale Lebensmittel, aber auch für den Erhalt unserer wunderschönen Kulturlandschaft sorgen. Die von der Ampel beschlossenen Steuererhöhungen sind für die Branche eine unnötige Wettbewerbsschwächung mit Konsequenzen für die Branche und die Verbraucher. Um dagegen zu protestieren, habe ich mich am 8. Januar 2024 an der Demo gegen die aktuelle Agrarpolitik der Ampelregierung zusammen mit Landwirtinnen und Landwirten in Rümmlingen beteiligt.

Augenblicke



... zu Besuch in der Backstube der Bäckerei und Konditorei Café Fritz in Weil am Rhein. Auch hier ist der Fachkräftemangel ein Thema ...Wileri - Wilero: die 5. Jahreszeit hat begonnen! Unterwegs mit der Narrengilde Lörrach als Ex-Protectorin der Lörracher Fasnacht ...



... Neujahrsempfang der CDU Rheinfelden - wie immer rückblickend und vorausschauend, nachdenklich und heiter, kommunal und bundespolitisch, starke Worte und beschwingte Musik ... Politik Round-Table des Wirtschaftsrates Sektion Lörrach/Mühlheim/Bad Krozingen im Restaurant Kranz in Lörrach ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.



Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de
